

**VIZE-MINISTERPRÄSIDENT**

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT  
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG  
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

**Mündliche Frage Ausschuss IV 05.10.2022**

- **Frage Nr. 1122 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Forderung nach einem Armutsnetzwerk**

Organisationen im belgischen Netzwerk zur Bekämpfung der Armut fordern die föderalen und regionalen Regierungen dazu auf, eine Arbeitsgruppe „Energie-Wohnen“ einzurichten. Es sei an der Zeit, strukturelle Lösungen zur Bewältigung der Energiekrise zu erarbeiten, betonte das Netzwerk in der letzten Woche

Das Netzwerk der belgischen Armutsorganisationen befürchtet, dass die derzeitigen Maßnahmen der Regierungen nicht ausreichen, um ein „soziales Blutbad“ zu verhindern.

Schon vor der Coronakrise hatte jeder fünfte Belgier mit akuter Energiearmut zu kämpfen. Angesichts der Energiekrise sowie der noch nicht überwundenen Folgen der Pandemie und der Überschwemmungen von vergangenem Sommer, werde die Situation zunehmend schlimmer, heißt es. Das Problem, die Energierechnungen nicht bezahlen zu können, würde immer größere Teile der Gesellschaft betreffen, so das Netzwerk gegen Armut. Dies gelte bereits jetzt für die sogenannte untere Mittelschicht, betont das Netzwerk in einem Kommuniqué.

Premierminister Alexander De Croo hatte sich unterdessen vorsichtig zu einer Mehrwertsteuererhöhung geäußert. Auch deutliche Aussagen zur Zukunft des erweiterten Sozialtarifs vermied er. Der Premier fürchtet, den Staatshaushalt mit strukturellen Maßnahmen weiter zu belasten. Will heißen: keine guten Vorzeichen für die Forderungen des Armutsnetzwerks.<sup>1</sup>

Hierzu folgende Fragen:

1. Wie positioniert sich die ostbelgische Regierung zur Forderung des Netzwerks gegen Armut?
2. Hat es eine Aussprache zwischen den einzelnen Regierungen hierzu gegeben?
3. Falls nicht: Wird die DG-Regierung diese Aussprache einfordern?

---

<sup>1</sup> <https://www.grenzecho.net/79873/artikel/2022-09-26/armutsnetzwerk-fordert-strukturelle-massnahmen>.

**VIZE-MINISTERPRÄSIDENT**

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT  
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG  
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

• **1122. Antwort des Ministers Antoniadis auf die Frage von Frau HUPPERTZ (CSP) zur Forderung nach einem Armutsnetzwerk**

Ich möchte erwähnen, dass die Regierung der DG bereits vor dem Ausbruch der Energiekrise nicht untätig war und im Hinblick auf die Bekämpfung des Klimawandels eine Offensive zur energetischen Sanierung von Wohnungen gestartet hat.

Für die Sanierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und den Neubau haben wir insgesamt 67 Millionen Euro vorgesehen.

Wir haben darüber hinaus ein neues Energieprämiensystem auf den Weg gebracht.

Seit Einführung des Systems im November 2021 wurde das Budget aufgrund der eingereichten Anträge versechsfacht und die Anzahl Anträge im Vergleich zu dem vorherigen System liegen um ein Vielfaches höher.

Von den bisher über 700 eingereichten Anträgen auf Energieprämie beziehen sich 14 % auf Mietwohnungen.

Also können auch Mieter indirekt, über den Antrag der Hausbesitzer einen Vorteil aus dieser Maßnahme erhalten.

**VIZE-MINISTERPRÄSIDENT**

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT  
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG  
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Ebenfalls hat das Parlament der Deutschsprachige Gemeinschaft im Herbst 2021 bekanntlich im Dekret im Energiebereich mehrere Maßnahmen verabschiedet.

Unter anderem wurde eine Unterstützung der Aktionen der ÖSHZ zur Bekämpfung der Energiearmut eingeführt.

In diesem Sinne werden den ÖSHZ 343.000 Euro als Sonderdotation ausbezahlt; somit können diese Gelder mit einem möglichst geringen Verwaltungsaufwand jährlich genutzt werden, um ihre Kundschaft gezielt dabei zu unterstützen, den Energieverbrauch zu senken.

Ändert sich die Zahl der Haushalte, die begleitet werden, ändert sich auch die Dotation an die ÖSHZ.

Ebenso kann der Projektauftrag zur Bekämpfung gegen Armut genutzt werden, um die Menschen, die in der Energiekrise untergehen, zu unterstützen.

Dieser Auftrag steht den sozialen Einrichtungen zu jedem Zeitpunkt zur Verfügung.

Er wird aber leider nicht rege genug genutzt.

**VIZE-MINISTERPRÄSIDENT**

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT  
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG  
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Auch die Energieberatungsstelle Ostbelgiens, sowie die Verbraucherberatung der Verbraucherschutzzentrale stehen mit ihrem Know-How der Bevölkerung mit Rat und Tat zur Seite, um so gut es geht, Energieeinsparungen umzusetzen.

Natürlich werden diese Maßnahmen nicht ausreichen.

Daher kann die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Aufforderung des Armutsnetzwerkes nur zustimmen: Es sollte gemeinsam und direktiv gegen die Energiekrise angegangen werden.

Gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise wirken in allen Bereichen unserer Gesellschaft und bedrohen die Existenz vieler Menschen.

Meines Wissens ist bis jetzt noch keine landesweite Arbeitsgruppe oder Taskforce ins Leben gerufen worden, so wie sie vom belgischen Netzwerk zur Bekämpfung der Armut gefordert wird.

Allerdings laufen bereits seit mehreren Monaten Gespräche auf Ebene des Konzertierungsausschusses, um eine bestmögliche Koordinierung aller

föderalen, regionalen und gemeinschaftlichen Initiativen zu erreichen.

**VIZE-MINISTERPRÄSIDENT**

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT  
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG  
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Dabei wird ein intensiver Meinungsaustausch geführt, an dem die Deutschsprachige Gemeinschaft aktiv beteiligt ist und von Anfang an die Bedürfnisse der ostbelgischen Bevölkerung in Sachen Bekämpfung der Energiekrise kundgetan wird.